

Daraus ergeben sich folgende Forderungen

von Pia Lotta Storf und Dr. Petra Sußner, Projektkoordinatorin in der DFG Forschungsgruppe Recht-Geschlecht-Kollektivität an der Humboldt Universität zu Berlin und djB-Mitglied in der Kommission Europa- und Völkerrecht

- Flächendeckende, grund- und menschenrechtsbasierte, verpflichtende Schutzkonzepte für LSBTIQ Personen als besonders geschützte Personen gem. RL 2013/33/EU (AufnahmeRL). Wohnmöglichkeiten müssen Schutz vor queerfeindlicher Gewalt bieten, soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen und mit spezifischen medizinischen und psychotherapeutischen Versorgungsangeboten ausgestattet sein.
- Flächendeckende verpflichtende Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen zu LSBTIQ Schutzsuchende für im

Asylbereich tätige staatliche Organe, Übersetzer*innen und Gutachter*innen. Sachgerechte Ermittlungsverfahren, faire Beweislastverteilung und schlüssige Beweiswürdigung sind Grundpfeiler von grund- und menschenrechtskonformen Verfahren und effektivem Schutz.

- Eine Liste „sicherer Herkunftsstaaten“ ist eine europarechtliche Kann-Bestimmung (RL 2013/32/EU (VerfahrensRL)). Es besteht keine Verpflichtung, mit solchen Listen zu arbeiten. Der LSBTIQ-Bereich zeigt, welche Schutzlücken das Konzept nicht nur im Einzelfall, sondern in ganzen Fallkonstellationen birgt. Verfahrensrechtliche Verkürzungen gefährden menschenrechtlichen Schutz, § 29a AsylG sollte daher gestrichen und zu einheitlicher Verfahrensführung zurückgekehrt werden.

DOI: 10.5771/1866-377X-2023-1-19

Nein zur „Ideologie“? Das rechtspopulistische Ziel einer homogenen und queer-feindlichen Gesellschaft in Polen

Dr. Izabela Jędrzejowska-Schiffauer

Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Recht und Verwaltung der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań, Polen

Seit ihrer Machtübernahme in Polen im Jahr 2015 baut die politische Partei mit dem Namen „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) schrittweise die Grundlagen der liberalen politischen und gesellschaftlichen Ordnung ab. Nach einer weitreichenden Übernahme der Kontrolle über die Justiz und die nationalen Medien startete die rechtspopulistische Regierungspartei eine aggressive Propaganda gegen Gender- und LGBTQI „Ideologien“. Diese Gleichsetzung wurde zunächst von der katholischen Kirche in Polen gezogen¹ und anschließend von führenden Politiker*innen der PiS u.a. in verschiedenen Wahlkämpfen reproduziert.² Beides wird auf die gleiche Stufe mit kriminellen, nationalistischen und rassistischen Ideologien, einschließlich Nationalsozialismus und Faschismus, gestellt.³ Der religiös inspirierte Diskurs über Gender- und LGBTQI-bezogene Bedrohungen ist eine politische Strategie, die eingesetzt wird, um Macht zu erlangen und/oder zu erhalten.⁴

„Ideologie“ als politische Waffe?

Im politischen Diskurs wird der Begriff der Ideologie meist mit negativen Konnotationen verwendet, besonders in Gesellschaften, die von totalitären Regimen gequält wurden. In postkommunistischen Ländern weckt es bereits Misstrauen, wenn im politischen und öffentlichen Diskurs auf „Ideologie“ Bezug genommen wird.

In gesellschaftspolitischen Fragen nimmt auch die katholische Kirche Polens das Recht auf eine direkte Einmischung für sich in Anspruch. Sie war im kommunistischen Polen eine bedeutende

politische Kraft, unter deren Mitwirkung die friedliche Wende im Jahr 1989 zustande gekommen ist. Der schwierige Prozess kirchlicher Selbstfindung (bzw. Zurückhaltung) in der Demokratie ist nie erfolgreich vollgezogen worden, insbesondere in Bezug auf christliche Werte. Dazu wird die Religion nach wie vor, d.h. wie schon während der zwei Jahre PiS-Regierung 2005–2007, von national-katholischen Politiker*innen „politisiert“.⁵

Dieser soziohistorische Kontext lässt besser verstehen, wie die Bezeichnung von Gender als „Ideologie“ den Rechtspopulisten ermöglicht, sich dem Aktivismus für Frauen- und LGBTQI-Rechte sowie der Wissenschaft entgegenzustellen, die die essentialistischen

1 Pitoń, Angelika: Abp Marek Jędraszewski nie odpuszcza: LGBT to trzecia ideologia zła, po nazizmie i stalinizmie, *Wyborcza-pl*, 13.10.2019, online: <<https://krakow.wyborcza.pl/krakow/7,44425,25302889,abp-marek-jedraszewski-nie-odpuszcza-lgbt-to-trzecia-ideologia.html>> (Zugriff: 15.12.2022).

2 Zu diesen Narrativen in den Präsidentschaftswahlen von 2019 siehe Dereszyński, Tomasz: Media światowe zauważyły słowa prezydenta Andrzeja Dudy, że „ideologia LGBT jest gorsza niż komunizm“. Jest reakcja prezydenta, online: <<https://i.pl/autorzy/tomasz-dereszynski/au/8205>> (Zugriff: 15.12.2022).

3 Sznel, Monika: Produkcja podmiotów homonormatywnych? Dyskurs rynkowy wokół regulacji prawnej związków partnerskich w Polsce i małżeństw jedнопłciowych w Stanach Zjednoczonych w 2013 roku, *InterAlia: A Journal of Queer Studies* 11b (2016), S. 187.

4 A. Śledzińska-Simon, *Populists, gender, and national identity*, *I•CON*, 2020, Vol. 18 No. 2, S. 448.

5 Vgl., Mechtenberg, Theo: Die katholische Kirche in der pluralistischen Demokratie, in: Binger, Dieter / Ruchniewicz, Krzysztof (Hrsg.) *Länderbericht Polen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn* 2009, S. 387-396.

6 Kuhar, Roman / Paternotte, David (Hrsg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality*, Rowman 7 Littlefield International, London 2017, S. 5, 14.

und naturalistischen Annahmen über Geschlecht und Sexualität dekonstruiert. Indem die „Gender-Ideologie“ körperliche Unterschiede und Geschlechterkomplementarität negiere – so das konservativ-katholische Narrativ – ignoriere sie die anthropologischen und epistemologischen Grundlagen der Menschheit und gefährde damit zeitgenössische Gesellschaften, insbesondere in Europa.⁶

Frauen und sexuelle Minderheiten unter Druck

Mit ihrem Leitbild einer patriarchalisch orientierten und organisierten Gesellschaft setzt die PiS-Regierung die Rechte sowohl von Frauen als auch von sexuellen Minderheiten unter Druck. Die reproduktiven Selbstbestimmungsrechte von Frauen, die bereits strengen Einschränkungen unterlagen, wurden weiter beschnitten. Das polnische Verfassungsgericht, dessen Abhängigkeit von der Regierungspartei weithin anerkannt ist, erklärte im Oktober 2020 die Abtreibung wegen „schwerer und irreversibler Beeinträchtigung des Fötus oder einer unheilbaren Krankheit, die sein Leben bedroht“ für verfassungswidrig.⁷

Auch die Situation von LGBTQI-Personen hat sich seit 2017 radikal verschlechtert.⁸ Dazu musste die PiS-Regierung nicht einmal neue Gesetze erlassen. Das polnische Recht kannte und kennt weder Zivilpartnerschaften noch Ehe oder Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare. Verfassungsrechtliche Garantien wie Nichtdiskriminierung und Achtung der körperlichen und geistigen Unversehrtheit wurden in der Praxis zu hohlen Behauptungen. LGBTQI-Personen wurden in öffentlichen Debatten⁹ verbaler Unterdrückung und körperlichen Angriffen aus radikal nationalistischen Kreisen ausgesetzt.¹⁰ Aktivist*innen sahen sich mit Zivil- und Strafverfahren konfrontiert. So erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Verletzung der religiösen Gefühle anderer (Artikel 196 des polnischen StGB), weil eine Aktivistin den Heiligenschein der Jungfrau Maria in den Regenbogenfarben dargestellt hatte.¹¹ Der Höhepunkt wurde erreicht, als 94 Kommunalverwaltungen (die ein Drittel des polnischen Territoriums ausmachen) Resolutionen verabschiedeten, die sich selbst zu „LGBT-freien Zonen“ oder „Frei von LGBT-Ideologie“ erklärten. Sie gaben sowohl öffentlichen (z.B. Schulen) als auch privaten Einrichtungen indirekte Anweisungen, keine LGBTQI-Personen zu beschäftigen. Dies war der Anlass für das im Juli 2021 von der Europäischen Kommission gegen Polen eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258 AEUV).

Die erkennbaren Muster des Rechtspopulismus

Die jüngsten Entwicklungen in Polen sind typisch für die Agenden rechtspopulistischer Regime in Europa und anderen Regionen der Welt. Sie bauen „Checks und Balances“ ab und untergraben die Unabhängigkeit von Gerichten und freien Medien. Migrant*innen und Minderheiten zählen zu üblichen Angriffszielen rechtspopulistischer Propaganda. Sie als „Feinde des Volkes“¹² zu bezeichnen erweckt tief verwurzelte, latent nationalistische Ressentiments, die die Polarisierung in „wir“ und „sie“ nähren. Die in Polen zu beobachtende Verschlechterung des Schutzes sexueller Minderheiten ist in diesen Rahmen einzuordnen. Gender- und LGBTQI-Bewusstsein steht nicht nur im Widerspruch zu den traditionellen Rollen von Männern und Frauen in der Gesellschaft, es begünstigt auch nichtkonforme Einstellungen. In der politischen und gesellschaftlichen

Architektur der PiS-Regierung sind solche Einstellungen ebenso unbequem wie unerwünscht.¹³ Ihre Behauptung, die Gender- und LGBTQI-Anliegen seien aus der EU importiert,¹⁴ bettet den Diskurs über Frauen- und LGBTQI-Rechte in Diskussionen über nationale Identität und staatliche Souveränität ein.¹⁵ Angesichts der in Europa weit verbreiteten gesellschaftlichen Desillusionierung über die Resultate neoliberaler Wirtschaftspolitik¹⁶ fällt die populistische Propaganda der angeblichen Rückbesinnung auf „traditionelle Werte“¹⁷ auf einen sehr fruchtbaren Boden.

Die Achtung von Minderheitenrechten ist ein Test für demokratische Reife und Rechtsstaatlichkeit in jeder Gesellschaft. In Polen ist in diesen und vielen anderen Aspekten eine wachsende Kluft zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit entstanden.¹⁸ Die von der PiS-Regierung propagierte Anti-Queer-Haltung ist keineswegs ein isoliertes Phänomen. Rechtspopulistische Regime in Europa und aller Welt nutzen sie in typischer Weise zur Erhaltung ihrer Macht.

- 7 Urteil von 22.10.2020, K1/20.
- 8 Nach dem Bericht von ILGA Europe aus dem Jahr 2022 belegt Polen den 44. Platz von 49 europäischen Ländern in Bezug auf die volle Gleichberechtigung von LGBTQI-Personen. Dies ist der letzte Platz unter allen EU-Ländern; online: <<https://www.ilga-europe.org/report/rainbow-europe-2022/>> (Zugriff: 12.10.2022).
- 9 Der Verweis auf die „LGBTIQ-Ideologie“ durch Vertreter*innen staatlicher und lokaler Regierungsbehörden Polens war eine gezielte Taktik, um Mitglieder der LGBTQI-Gemeinschaft zu stigmatisieren. Dies trug bei zur Radikalisierung von Ansichten innerhalb der Gesellschaft und zur Senkung der Akzeptanz von nicht-heteronormativen Menschen, obwohl diese zuvor sukzessive gewachsen war. Sytuacja prawna osób nieheteroseksualnych i transpłciowych w Polsce. Międzynarodowy standard ochrony praw człowieka osób LGBT i stan jego przestrzegania z perspektywy Rzecznika Praw Obywatelskich, Zasada Równego Traktowania. Prawo i praktyka 27 (2019).
- 10 So wurde im Juli 2019 in Białystok über ein Dutzend Teilnehmer*innen einer Gleichstellungsparade in Gegenwart passiv zuschauender Polizeikräfte von Nationalisten schwer geschlagen, <<https://oko.press/atak-na-marsz-rownosci-w-bialymstoku-kronika-skorzynskiego-20-26-lipca-2019/>> (Zugriff: 16.12.2022). Ähnliche Ereignisse folgten im Juni 2021 in Łódź.
- 11 Bychawska-Siniarska, Dominika: Offence Intended – Virgin Mary With a Rainbow Halo as Freedom of Expression, VerBlog, 14.05.2019, online: <<https://verfassungsblog.de/offence-intended-virgin-mary-with-a-rainbow-halo-as-freedom-of-expression/>> (Zugriff: 16.12.2022).
- 12 Vgl. z.B. Wojśław, Jacek: Figura wroga w ideologii i propagandzie XX-wiecznych totalitaryzmów – przyczynek do dyskusji, Media Biznes Kultura, 2017, Numer 1 (2) 2017, S. 47-63
- 13 Jędrzejowska-Schiffauer, Izabela / Łączak, Marcin: The Enforcement of Non-Discrimination Law and Sexual Minorities' Rights in the EU: The Case of Hungary and Poland, Adam Mickiewicz University Law Review 14 (2022) (im Erscheinen).
- 14 Vgl. z.B. Korolczuk, Elzbieta / Graff, Agnieszka: Gender as 'Ebola from Brussels': The Anticolonial Frame and the Rise of Illiberal Populism, Journal of Women in Culture and Society 43:4 (2018), S. 797-821.
- 15 So u.a. auch die aktuellen Anti-Gender- und LGBTQI-Narrative in Russland. Rohrich, Kyle: Human Rights Diplomacy Amidst "World War LGBT": Re-examining Western Promotion of LGBT Rights in Light of the "Traditional Values" Discourse, online: <https://humanityinaction.org/knowledge_detail/human-rights-diplomacy-amidst-world-war-lgbt-re-examining-western-promotion-of-lgbt-rights-in-light-of-the-traditional-values-discourse/?lang=pl> (Zugriff: 28.11.2022).
- 16 Vgl. Gunnarsson Payne, Jenny: Challenging "Gender Ideology": (Anti-) Gender Politics in Europe's Populist Moment, The New Pretender (10.02.2019), online: <<http://new-pretender.com/2019/02/10/challenginggender-ideology-anti-gender-politics-in-europes-populist-moment-jenny-gunnarsson-payne/>> (Zugriff: 28.11.2022).
- 17 Rohrich (Fn. 15).
- 18 Zur Analyse dieses Phänomens siehe Voigt, Stefan: Mind the gap: Analyzing the divergence between constitutional text and constitutional reality, I•CON (2021), S. 1-32.